



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 21. August 2014 im Landhaus in Solothurn, Beginn 19.55 – 21.55 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 77, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 38
Gäste: 8

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Peter Gomm, Franziska Roth, Matthias Enggist, Irene Meier-Reber, Dieter Ulrich, René Umher
Kantonsratsfraktion: Christine Bigolin, Fabian Müller, Peter Schafer, Markus Baumann, Luzia Stocker
Rechnungsprüfungskommission: Thomas Marbet
Fachausschuss:
Schiedskommission:
Sektionen: Edy Lütolf Dulliken, Willi Bhend Fulenbach, Thomas Jäggi Lohn-Ammannsegg, Magdalena Schmitter Lostorf, Bea Schibler Zuchwil

Geschäftsliste

1. **Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
2. **Wahl Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 24. April 2014**
5. **Wahlen Geschäftsleitung**
Gabriella Kaufmann, Biberist (Wasseramt, bisher vakant)
Heinz von Arb, Balsthal (Thal-Gäu, bisher vakant)
6. **National- und Ständeratswahlen 2015**
Informationen
7. **Parolenfassung für die kantonale Abstimmung vom 28. September**
Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG) + Variantenabstimmung
Pro: Susanne Schaffner-Hess, Olten, SP Kantonsrätin und Mitglied der Finanzkommission
8. **Nationale Vorlagen**
Podium zur Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse
Pro: Evelyn Borer, Dornach, SP Kantonsrätin und Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission
Kontra: Peter Brügger, Langendorf, FDP Kantonsrat
Moderation: Christoph Neuenschwander, AZ Medien
Information zur Volksinitiative Schluss mit MwSt-Diskriminierung
Roberto Zanetti, Ständerat
9. **Varia**

1. Eröffnung des Parteitages

Hardy Jäggi (Vizepräsident):

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße euch zum Parteitag im Landhaus in Solothurn. Es freut mich, dass bei diesem schönen Sommerabend so viele Delegierte der Einladung folgten. Wir haben einige Entschuldigungen erhalten, erwähnen möchte ich jene von Parteipräsidentin Franziska Roth (Teilnahmen an einer Hochzeit im Tessin) und Regierungsrat Peter Gomm (50. Geburtstag von Ehefrau Claudia).

Claudio Marrari:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste. Parteiarbeit ist auf allen Ebenen wichtig, sogar das wichtigste was die Bürgerinnen und Bürger für das Land tun können. Denn wir packen überall an und unterstützen uns gegenseitig, sei dies an Parteiversammlungen, an Standaktionen, im Gemeinderat, im Kantonsrat usw. Wir haben gemeinsam erarbeitete Visionen, die wir gemeinsam verwirklichen wollen. Die SP bewegt etwas. Darauf können wir alle stolz sein. Schaut mal was alles im Hintergrund und meist ehrenamtlich geleistet wird. Ganz viele Genossinnen und Genossen arbeiten enorm viel und bringen ihre Ideen ein, so auch die SP in der Stadt Solothurn. Das jüngste Beispiel ist eine angenommene Motion von Matthias Anderegg im bürgerlich dominierten Gemeinderat der Stadt Solothurn. Aber was ist denn eigentlich Parteiarbeit? Diese Frage kann selbstverständlich unterschiedlich beantwortet werden. Meine Antwort darauf heisst, wir wollen in erster Linie sowohl im Grossen als auch im Kleinen etwas bewegen.



Im Namen der SP Stadt Solothurn heisse ich euch ganz herzlich hier im Landhaus willkommen und wünsche euch einen spannenden Parteitag der SP Kantonalpartei.

Hardy Jäggi bedankt sich bei Claudio Marrari, dem Sektionspräsidenten für die Begrüssungsworte.

Hardy Jäggi, Vizepräsident: (Eröffnungsrede)

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Braucht es in einem reichen Land wie der Schweiz überhaupt eine SP? Mehr denn je! - liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur ein paar Stichworte weshalb: Vermeidung von Working-Poor - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Keine Zweiklassen Medizin - Ausbau der erneuerbaren Energien - Abschalten der AKW



Dann gibt es noch einen Grund, weshalb wir alle dafür kämpfen müssen, dass die SP Kanton Solothurn nächstes Jahr den zweiten Nationalratssitz behalten wird: Es braucht uns als starkes Gegengewicht zu einer Partei, welche die humanitäre Tradition der Schweiz mit Füßen tritt. Eine Partei, die herzlose und menschenverachtende Politik betreibt, die der Schweiz mit jeder ihrer Initiativen mehr Schaden zufügt und unser Land immer weiter in die Isolation treibt. Ende 2013 befanden sich über 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 17 Millionen von ihnen gelten nach völkerrechtlicher Definition als Flüchtlinge. Im 2014 ist deren Zahl weiter gestiegen. Würdet Ihr sagen, dass Länder wie Pakistan, Iran, Jordanien oder Libanon ebenso reich oder reicher sind als die Schweiz? Wohl kaum! Trotzdem haben diese Länder am meisten Flüchtlinge aufgenommen. Pakistan 1.6 Mio, Iran und Libanon je über 850'000 und Jordanien und die Türkei beide über 600'000. Sie haben halt das Pech, an eine Krisenregion zu grenzen und sind daher die erste Anlaufstelle der Flüchtlinge. Hier in Europa ist es Italien das von Flüchtigen quasi überschwemmt wird, weil es der nordafrikanischen Küsten am nächsten liegt.

Aber was geht das eigentlich uns in der Schweiz an? Wir haben ja das Glück weit entfernt von Krisengebieten zu liegen und von EU-Ländern umschlossen

Kantonaler Parteitag, 21. August 2014

zu sein. Soll die Schweiz also vorübergehend Kriegsflüchtlinge aufnehmen? Nein - ganz im Gegenteil! Sie soll dafür sorgen, dass die Flüchtlinge dort bleiben wo sie sind. Sie soll das Dublin-Abkommen strikte umsetzen, das Asylrecht abschaffen und die Entwicklungshilfe halbieren.

Dank dieser Massnahmen soll die Schweiz die Insel der Glückseligen bleiben.

Egal ob Millionen von Menschen zu zehntausenden unter katastrophalen hygienischen Verhältnissen, ohne sauberes Wasser und ohne genügend Nahrung in Zeltlagern hausen. Aber damit noch nicht genug des Schlechten. Nachdem diese Partei mit ihrer verlogenen Politik für ein Ja zur Einwanderungsinitiative gesorgt hat und damit ganz eindeutig die bilateralen Verträge mit der EU bedroht, will sie nun auch noch dafür sorgen, dass die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention kündigt und aus dem Europarat austritt. Die nächste Initiative dieser Brandstifter wird der Austritt aus der UNO sein.



Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten, wollt Ihr eine solche Schweiz wie sie von dieser fremdenfeindlichen und isolationistischen rechts-aussen Partei angestrebt wird? Ich persönlich will eine Schweiz die ihre humanitäre Tradition bewahrt, sich in internationalen Gremien einbringt und eng mit der EU zusammenarbeitet. Ich will eine Schweiz die mit ihrer Entwicklungshilfe den Grundstein legt, dass Menschen nicht aus wirtschaftlichen Gründen aus ihrem Land flüchten müssen. Und ich will eine Schweiz die im Inland für soziale Gerechtigkeit sorgt! Um diese Ziele zu erreichen und noch mehr Schaden von unserem Land abzuhalten, braucht es eine starke SP!

Helft deshalb aktiv mit, die SP im nächsten Jahr zur Wahlsiegerin zu machen!

Der Parteitag ist eröffnet. Applaus.

2. Bestellung der Stimmzähler/innen

Als Stimmzähler sind vorgeschlagen:

Tischreihen links: Urs Huber
Tischreihen mitte: Edwin Loncar
Tischreihen rechts: Pierric Gärtner

Beschluss: Die Stimmzähler werden einstimmig gewählt.

Applaus.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Hardy Jäggi stellt die rechtzeitig zugestellte Geschäftsliste zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 21. August 2014

4. Genehmigung Protokoll vom 24. April 2014 in Trimbach

Hardy Jäggi stellt das Protokoll zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 24. April 2014 in Trimbach.

Hardy Jäggi bedankt sich beim Parteisekretär für das Protokoll.

5. Wahlen Geschäftsleitung

Hardy Jäggi:

In der Geschäftsleitung der Kantonalpartei gibt es seit einiger Zeit aus dem Bezirk Wasseramt und Thal-Gäu zwei Vakanzen. Es freut mich dass wir euch zwei Kandidierende zur Wahl vorschlagen dürfen.

Für den Bezirk Wasseramt:

- einstimmig nominiert an der Bezirks GV vom 6. Mai
- Gabriella Kaufmann, Biberist (vorher vakant)

Für die Amtei Thal-Gäu:

Kantonaler Parteitag, 21. August 2014

- einstimmig nominiert von der Amtei GL am 30. Juli
- Heinz von Arb, Balsthal (vorher vakant)

Diskussion:

keine

Beschluss: Die Delegierten wählen Gabriella Kaufmann und Heinz von Arb einstimmig als Mitglieder in die Geschäftsleitung der SP Kantonalpartei.

Applaus

6. National- und Ständeratswahlen

Hardy Jäggi:

Mit den Wahlen 2015 werden wir uns am Parteitag vom Oktober in Zuchwil befassen. Und trotzdem möchte ich euch bereits heute einige Informationen bekannt geben bezüglich der bisherigen Arbeiten und zum Zeithorizont. In der Geschäftsleitung haben wir ausgiebig gerechnet und diskutiert, insbesondere über die diversen Möglichkeiten bezüglich Listenverbindungen. Konkrete Anträge dazu werden den Delegierten im Oktober vorgelegt. Die GL wird ebenfalls vorschlagen, an den Wahlen im Oktober 2015 mit einer Liste SP60+ Mitgliedern teilzunehmen. Die Mitglieder von SP60+ bekommen in der nächsten Woche einen Brief mit einer entsprechenden Anfrage. Die Juso und die junge SP Region Olten planen ebenfalls je eine Liste.

Zum Fahrplan: Im Oktober 2014 wollen wir wie bereits angekündigt für die Wahlen die nötigen Beschlüsse fällen. Ab diesem Datum wird auch der kantonale Wahlausschuss seine Arbeit aufnehmen. Innert Frist haben noch nicht alle Amteien ihre Delegation gemeldet. Aus Solothurn-Lebern und Olten-Gösigen fehlen noch die Meldungen. Die GL möchte diese Mitglieder an ihrer Sitzung vom 3. September wählen. Die Nominierungen für die Nationalratslisten sollten in den Sektionen bis November/Dezember abgeschlossen sein und in den Amteien/Bezirk bis Ende Februar 2015. Die Kantonalpartei plant den Nominationsparteitag im März 2015.

Die Sektionen und Amteien haben die entsprechenden Informationen in einem Brief Ende Juli vom Parteisekretariat erhalten.

Im Jahr 2015 feiert die SP Kanton Solothurn ihr 125-jähriges Jubiläum. Nebst dem Jubiläumsfest am 29. August wird es das ganze Jahr dazu Aktionen geben. Darüber hinaus werden wir aber auch diesen Umstand für die Wahlen nützen und die Jubiläumskampagne in jene der Wahlen einbetten. Damit möchten wir eine hohe und ständige Präsenz erreichen und die SP der Bevölkerung näher bringen. Einerseits was sie erreicht hat, aber auch für was sie heute steht.

Das OK für die Feierlichkeiten hat seine Arbeit unter dem Präsidium von Susanne Schaffner-Hess aufgenommen und bereits 3 Sitzungen abgehalten. Diesbezüglich wird es laufend Informationen geben.

Die Prämienverbilligung im Kanton Solothurn soll im Rahmen des Massnahmenplans 2014 um 7 Millionen Franken gekürzt werden. Der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat für die Sitzung vom 3. September vor, dieser Kürzung zuzustimmen. Konkret bedeutet dies, dass der Kanton anstatt wie bisher 80% nur noch 70% vom Bundesbeitrag ausrichten und das massgebende Einkommen für die Berechtigung von PV von Fr. 85'000.- auf 60'000.- gesenkt werden soll. Dieser Massnahme wird die SP Fraktion nicht zustimmen. Sollte aber das notwendige 2/3 Quorum trotzdem erreicht werden (fakultatives Referendum), wird die SP das Referendum ergreifen und damit eine Volksabstimmung erzwingen. Die Delegierten haben an ihrem Parteitag vom 30. August 2012 in Deitingen die entsprechende Resolution, im Rahmen des damaligen Massnahmenplans 2013 des Regierungsrats, gutgeheissen und der GL die Kompetenz erteilt, bei Bedarf das Referendum zu ergreifen. In diesem Fall zählen wir bei der Unterschriftensammlung auf tatkräftige Unterstützung.

Diskussion: keine Wortbegehren

Beschluss: keine Beschlüsse

7. Parolenfassung für die kantonale Abstimmung vom 28. September

«Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG) + Variantenabstimmung»

Referentin: Susanne Schaffner-Hess, SP Kantonsrätin und Mitglied der Finanzkommission

Susanne Schaffner-Hess, Olten, Kantonsrätin und Mitglied der Finanzkommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht bei dieser Vorlage nicht um ein Jahrhundertwerk, sondern um ein Jahrhundertloch. Dieses Loch hat bereits Mitte des Jahrhunderts begonnen und wird, im Fall einer Annahme auch erst in ca. 40 Jahren wieder gefüllt sein. Am 28. September stimmen wir über das Pensionskassengesetz ab. Dieses beinhaltet auch die Ausfinanzierung der Deckungslücke von 1,1 Milliarden Franken. Die bedeutet für alle Beteiligten eine sehr grosse Herausforderung. Auf dem Spiel steht die langfristige Sicherung der Altersvorsorge für alle Staatsangestellte, Lehrpersonen, Spitalpersonal und auch von 200 abgeschlossenen Arbeitgebern. Die Vorlage ist technisch kompliziert und politisch brisant, denn es geht um Leistungen der Versicherten und darum, wer übernimmt diese Schuld. Wenn ich auf diese Ausfinanzierung angesprochen werde kommt oft die Frage, warum muss da eigentlich der Kanton zahlen? Da kann man nur eine Antwort geben, als Arbeitgeber hat mitzu-

helfen diese Deckungslücke auszufinanzieren. Aber der Kanton hat auch eine politische Verantwortung. Wenn man sich die Geschichte der PKSO verinnerlicht, stellt man fest, dass sie seit der Gründung 1957 eine Unterdeckung aufwies. Das bedeutet nichts anderes, als dass das vorhandene Kapital für die zu erbringenden Leistungen nicht gereicht hat. Der Deckungsgrad schwankte zwischen 60 und 80%. Der grosse Fehler lag jedoch darin, dass bis 1992 nach dem Leistungsprimat ausbezahlt wurde. Und wenn ich von politischer Verantwortung des Kantons rede, dann muss man festhalten, dass der Kantonsrat einmal Leistungen beschlossen hat, jedoch deren Finanzierung nicht garantiert hat. Damit wurde das Loch immer grösser, hat Leistungen ausgerichtet und dabei die Finanzierung „vergessen“ (Staatsgarantie). Ein solches Verhalten wird ja nicht selten auch von bürgerlicher Seite verurteilt. Fakt ist aber, dass während Jahren der bürgerliche Kantonsrat auf diese Weise gewirtschaftet hat. Auch in Zeiten mit solider Finanzlage, war man nicht bereit über die Ausfinanzierung der PK zu sprechen. 1992 wurde das Leistungsprimat in ein Beitragsprimat umgewandelt. Hätte man später vollzogen, wäre das Problem heute noch grösser. Ab diesem Zeitpunkt haben die Versicherten auch wirklich diese Beiträge bezahlt, die ihnen dereinst als Leistungen ausbezahlt werden. Das Übel der Deckungslücke liegt demnach in der Zeit vor 1992. Damit konnte aber das Loch nicht gefüllt werden, denn das Geld fehlte, die Schuld blieb und dringend benötigtes Geld konnte nicht angelegt werden. Hätte dieser Fehlbetrag verzinst werden können, wäre der heutige Fehlbetrag nur halb so gross.

Warum wird man jetzt gezwungen die Ausfinanzierung vorzunehmen und warum konnte man von Gesetzeswegen eine solch grosse Deckungslücke tolerieren? Als 1985 das Obligatorium der II Säule in Kraft trat, hat man die öffentlich rechtlichen Kassen von der Pflicht ausgenommen, die Leistungen mit den Beiträgen zu finanzieren. Dies mit der Begründung der vorhandenen Staatsgarantie. 2012 traten Bundesbestimmungen in Kraft, dass auch die öffentlich rechtlichen Kassen ihre Leistungen decken müssen. Diese Bestimmung führt dazu, dass auch der Kanton Solothurn seine PK ausfinanzieren muss, entweder zu 80% oder vollkapitalisiert. Bei 80% würde jedoch die Staatsgarantie aufrechterhalten. Neu ist auch die Trennung zwischen der Finanzierung und der Festlegung der Leistungen. Für die Finanzierung ist der Kantonsrat zuständig und für die Leistungen die Verwaltungskommission der PK. Diese ist auch dafür verantwortlich, dass keine Deckungslücke mehr entstehen darf. Der Kantonsrat und auch die SP ist der Meinung, dass die PK vollkapitalisiert werden soll und man von der 80%-igen Finanzierung absehen soll. Die Vollkapitalisierung schafft eine klare und verlässliche Grundlage für alle Beteiligten. In der Diskussion im Kantonsrat wurde in diesem Zusammenhang über Leistungsabbau gesprochen und zum Teil, gegen den Willen der SP, auch beschlossen. Würden wir also eine Teilkapitalisierung beschliessen, würde man jedes Mal bei einer Unterdeckung wieder über Leistungskürzungen gesprochen und wohl auch beschlossen. Dies wäre ganz bestimmt nicht zum Vorteil der Versicherten gewesen. Dann ist es auch so, dass jedes Mal wenn eine grössere Gruppe die PK verlässt, wie zB. bei der FHNW, dann geht auch viel Kapital weg. Dies ist immer ein Verlust und muss aufgefangen werden können. Zudem wollen wir eine attraktive Versicherung auch für weitere private Arbeitgeber sein und wachsen.

Um was geht es genau: Der Bund sagt, die Kasse müsse ab 2012 innert 40 Jahren ausfinanziert und die Schuld gedeckt sein. Wenn man die 1,1 Mia. Mit einem Zins aufrechnet, beträgt die Schuld 1,9 Mia. Franken. Als erste Frage stellte sich, wer übernimmt diese Schuld? Da war man sich noch einig, nämlich der Arbeitgeber. Dann kam die nächste Frage, wer ist denn der Arbeitgeber? gehören die Gemeinden mit ihrer Lehrerschaft dazu? Die Gemeinden sind der Meinung, wer die Leistungen definiere, müsse auch die Kosten tragen, also der Kanton. Der Kanton meinte demgegenüber, die Gemeinden seien die Arbeitgeber der Lehrer und sollten sich an den Kosten verhältnismässig beteiligen. Der erste Verteilvorschlag, die Gemeinden gemäss der Anzahl Arbeitnehmer/innen im Verhältnis zu allen Versicherten an der Finanzierung zu beteiligen, wurde verworfen. Zur Abstimmung stehen heute 2 Varianten, die eine mit Beteiligung der Gemeinden (118 Mio. Gemeinden / 982 Mio. Kanton), die andere schlägt die Finanzierung durch den Kanton vor (1,1 Mia. Kanton).

Wie wirken sich die Varianten auf die Finanzen aus?

	Variante 1 Mio. Fr.	Variante 2 Mio. Fr.
Fehlbetrag 31.12.2011	1'100	1'100
- angeschlossene Unternehmen	- 46	- 46
- getätigte Rückstellungen	- 482	- 482
- Anteil Einwohnergemeinden	-118	
Aufwand Kanton 2015	454	572
Eigenkapital Kanton 31.12.2013	263	263
Bilanzfehlbetrag 2015	191	309

Falls an der Urne beide Varianten abgelehnt werden, wird der Kanton praktisch handlungsunfähig. Dann würde gemäss § 23^{bis} des WoVG die Defizitbremse zur Anwendung kommen und der Bund würde vorschreiben die Finanzierung innert 10 Jahren durchzuführen. Dies hätte garantiert eine Steuererhöhung zur Folge. In der nun vorliegenden Vorlage ist hingegen vorgesehen, die Verbuchung der gesamten Verpflichtung von der Defizitbremse auszunehmen, warum? Es handelt sich um ein Mehrgenerationenprojekt und die Schuld kann über 40 Jahre abgetragen werden und beugt damit einer Steuererhöhung vor.

Die nächste Frage lautet, wer bezahlt diese Schuld und zu welchen Teilen? Der Regierungsrat hat einen Vorschlag gemacht, dass beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich beteiligen sollten. Der Kantonsrat war dann der

Meinung die Arbeitnehmer müssten sich an der Finanzierung durch Leistungsverzicht noch mehr beteiligen, nämlich zu 70%. Der Kantonsrat hat beschlossen, gegen den Willen der SP, den Teuerungsausgleich auf die Renten zu streichen. Diese Kürzung betrifft nicht nur die heutigen Rentner/innen, sondern auch die Versicherten: steigt die Teuerung gibt, es keinen Ausgleich auf den Renten. Infolge Reduktion des Umwandlungssatzes trifft es die Versicherten härter als die heutigen Rentner/innen, den diese werden tiefere Renten haben als die heutigen es sind. Was die heutigen Versicherten auch trifft, ist dass das ganze angesparte Geld im Fond für den soeben abgeschaffenen Teuerungsausgleich, gänzlich für die Ausfinanzierung verwendet wird und nicht mehr für die Renten. Die bisherigen 3,5% der Beiträge würden anstatt für die Teuerung, der Ausfinanzierung zugewiesen, zum Leidwesen der Versicherten. Dagegen hat sich die SP erfolglos gewehrt. Aber es hätte noch viel schlimmer herauskommen können. Wenn man die Diskussionen im Kantonsrat verfolgt hat, wurde einem Angst und Bange ob all der Vorschläge bezüglich den Leistungskürzungen. So gesehen ist es von Vorteil, wenn künftig die Verwaltungskommission über Leistungen entscheidet und nicht mehr der Kantonsrat. Zudem muss man ausführen, dass die PKSO keine Luxuskasse ist, sie steht bezüglich der Leistungen im Vergleich mit den Kassen anderer Kantone im Mittelfeld.



Infolge der demographischen Entwicklung werden die Renten in Zukunft so oder so unter Druck kommen, der Umwandlungssatz bleibt ebenfalls nicht in Stein gemeißelt, aber es wäre ein falsches Zeichen gewesen die Leistungen noch mehr zu kürzen.

Wie sieht die Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Varianten aus:

7. Zusammenfassung Varianten

V1: Kanton und Gemeinden

Der Kanton und die Einwohnergemeinden übernehmen die Schuld und tragen zusammen mit den Destinatären die Mehrbelastung.

Übernahme Fehlbetrag

- Kanton 981 Mio. Franken
- Gemeinden 118 Mio. Franken

Anteil Kapitaldienst

- Kanton 23.28 Prozent
- **Gemeinden 6.64 Prozent**
- Destinatäre 70.08 Prozent

Mehrbelastung Kanton (Ø 40 J.)

- 11.1 Mio. Franken pro Jahr

V2: Kanton alleine

Kanton übernimmt die Schuld alleine. Er und die Destinatäre übernehmen die Mehrbelastung.

Übernahme Fehlbetrag

- Kanton 1'099 Mio. Franken
- Gemeinden 0 Franken

Anteil Kapitaldienst

- Kanton 29.92 Prozent
- **Gemeinden 0 Prozent**
- Destinatäre 70.08 Prozent

Mehrbelastung Kanton (Ø 40 J.)

- 14.2 Mio. Franken pro Jahr
(+ 3.1 Mio. Franken)

7. Zusammenfassung Varianten

V1: Kanton und Gemeinden

Mehrbelastung Gemeinden (Ø 40 J.)

- 3.1 Mio. Franken pro Jahr

Ausgleich / Rückerstattung

- An Kanton und Gemeinden nach Lohnsumme

Steuererhöhung

- Bei einzelnen Gemeinden möglich

V2: Kanton alleine

Mehrbelastung Gemeinden (Ø 40 J.)

- keine

Ausgleich / Rückerstattung

- **Zuerst** an Kanton und erst danach auch an Gemeinden

Steuererhöhung

- Keine Sondersteuer
- Erhöhung ordentliche Staatssteuer der natürlichen Personen oder Neuregelung von Aufgabenzuweisungen und deren Finanzierung zulasten der Gemeinden

Egal welche Variante am Schluss durchkommt, wichtig ist dass das Gesetz angenommen wird. Die Herausforderung wird so oder so riesig sein. Was würde passieren wenn das Gesetz abgelehnt würde. Die Kasse würde zum Sanierungsfall. Die Aufsichtsbehörde des Bundes würde diese innert 10 Jahren verfügen, mit der Folge unter Zwang einer drastischen Steuererhöhung zuzustimmen. Diese Last könnten weder Versicherte noch Arbeitgeber tragen.

Ich bitte euch dem Gesetz an der Urne zuzustimmen.

Applaus.

Hardy Jäggi: Vielen Dank an Susanne Schaffner für ihre Ausführungen. Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten ein Ja zum Pensionskassengesetz. Die Frage der Variante hat die GL offen gelassen, da es gute Gründe sowohl für die Variante 1 als auch für die Variante 2 gebe. Falls aus dem Saal der Antrag kommt auch über die Variantenfrage zu befinden, würde dies anschliessend geschehen.

Diskussion:

Georg Hasenfratz: ich bin mit dem Vorgehen einverstanden, möchte aber noch einen Antrag stellen. Liebe Genossinnen und Genossen. Ich beantrage euch zu beiden Variante die Nein-Parole zu beschliessen, verbunden mit dem Auftrag, nach der Ablehnung eine Vorlage mit einer Teilkapitalisierung von 80% auszugestalten. Bei der Stichfrage schliesse ich mich der Geschäftsleitung an. Anlässlich der Vernehmlassung zu dieser Vorlage habe sich alle, auch die SP etwas vorschnell für die Vollkapitalisierung entschieden. Zwar wird im Entwurf und jetzt auch in der Botschaft ausgeführt, dass die Vollkapitalisierung 1,1 Mia. Franken benötige und die nach Bundesrecht ebenfalls mögliche Teilkapitalisierung von 80% 280 Mio. Franken. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Im Vernehmlassungsbericht hat man dann diese Sache in bester Buchhaltermanier zum stimmen gebracht. Bei der teuren Variante hat man in 40 Jahren ausrechnen können, wie viel man an Teuerungsausgleich spare, den man nicht auszahlen müsse. Bei der günstigeren Variante konnte man lesen wie viel Kosten der Teilliquidität auf uns zukommen werden und noch weitere Beträge für die Sanierung eingesetzt. Beim Fazit, oh Wunder, waren beide Varianten praktisch gleich teuer. Infolge dessen sagten alle, man nehme die Vollkapitalisierung und habe dann Ruhe. Ich habe den Eindruck, dass ideologische Gründe dazu geführt haben, vielleicht weniger bei der SP, aber in Gesprächen mit Bürgerlichen habe ich festgestellt, dass diese die PKSO als Unding sehen und diese sei mit den privaten Versicherungen gleichzustellen und möchten höhere Gewinne für die Spekulationen an den Börsen. Avenir suisse sagt öffentlich, dass jene Kantone die ihre PK nur teilkapitalisieren dem Kapitalmarkt finanzielle Mittel vorenthalten. Es wird auch argumentiert, für eine Teilkapitalisierung reichen die Fristen nicht aus; der Regierungsrat schreibt in seiner Botschaft: *nach Ansicht der Oberaufsichtskommission beruflicher Vorsorge*, hätte man Ende 2013 einen Ausgangsdeckungsgrad definieren. Wir haben vorhin gesehen, dieser ist festgelegt worden. Fakt ist auch dass in den Statuten die

Staatsgarantie verankert ist. Mit etwas gutem Willen kann diese Kommission auch zu einer anderen Ansicht kommen. Das Argument mit den Fristen und dass bei einem Nein es ganz schlimm kommen, ist ein Druckmittel unbedingt Ja zu stimmen. Ich möchte auch an die Debatte vor vier Jahren im National- und Ständerat erinnern, als dieses Gesetz beschlossen wurde und wir jetzt umsetzen müssen. Der Ständerat hat zuerst nur eine Teilkapitalisierung gewollt und im Nationalrat hat die SP Fraktion den Antrag von einer Teilkapitalisierung von 70% beantragt. Dieser wurde abgelehnt. Das Gesetz wurde in der Schlussabstimmung ohne die Stimmen der SP gutgeheissen. Der Kanton Basel Stadt hat einhellig den Weg der Teilkapitalisierung gewählt. Also es geht auch anders. Natürlich könnte man auch sagen wir vertrauen den Koryphäen in der Fraktion und mein Votum ist auch nicht als Misstrauen zu verstehen, aber man kann die Sache, auch wenn sie kompliziert ist anders sehen und beurteilen. Es ist nicht Aufgabe der SP dafür zu sorgen dass möglichst viel Geld an der Börse verspekuliert wird. Eine Vollkapitalisierung mit 1,1 Mia. Fr. ist zu teuer, unnötig, dieses Geld fehlt uns bei der Bildung, bei der Prämienverbilligung usw. Eine Teilkapitalisierung kostet uns 280 Mio. Fr., die Staatsgarantie und gewisse Unwägbarkeiten bleiben uns erhalten, aber es ist gemäss Bundesgesetz möglich und ist die bessere Lösung. Aus diesen Gründen empfehle ich euch die Nein-Parole zu beschliessen. Applaus.

Susanne Schaffner: 1. die finanziellen Konsequenzen der Teilkapitalisierung hat man in Basel sehr kontrovers diskutiert und die Auswirkungen sind alles andere als klar, 2. Eine Teilkapitalisierung ist nicht im Interesse der Versicherten und 3. die Schuld wird seit der neuen Rechnungslegung immer aufgeführt sein.

Urs Huber: Georg hat sehr gut gesprochen, ich werde aber trotzdem Ja stimmen. Was würde ein Nein an der Urne bedeuten? Da steht die Meinung von Georg derjenigen derer gegenüber, die auch jetzt noch meinen, den Versicherten gehe es viel zu gut. Ich bezweifle sehr, dass bei einem Nein über diese Dinge diskutiert würde wie sich Georg dies wünscht. Deshalb bitte ich Ja zu stimmen.

Hardy Jäggi: wir haben 2 Anträge:

Antrag der Geschäftsleitung vom 25. Juni

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten die JA-Parole

Antrag Georg Hasenfratz vom 21. August

Nein Parole

Beschluss:

Antrag GL: 59 Stimmen

Antrag Hasenfratz: 10 Stimmen Enthaltungen 4

Die Delegierten beschliessen mit grossem Mehr die Ja-Parole zum Pensionskassengesetz.

Grossmehrheitlich Stimmfreigabe bei der Variantenfrage (2 Gegenstimmen)

8. Nationale Vorlagen

Podium zur

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

- **Pro:** Evelyn Borer, SP Kantonsrätin aus Dornach und Vizepräsidentin der Sozial- und Gesundheitskommission
- **Kontra:** Peter Brügger, FDP Kantonsrat aus Langendorf und Präsident der Geschäftsprüfungskommission
- **Moderation:** Christoph Neuenschwander, AZ Medien

Unter der Leitung von Redaktor (AZ Medien) **Christoph Neuenschwander**, stehen sich auf dem Podium zur Volksinitiative „für eine öffentliche Krankenkasse“ als kontra-Vertreter **Peter Brügger**, FDP Kantonsrat aus Langendorf und auf der pro-Seite **Evelyn Borer**, SP Kantonsrätin aus Dornach gegenüber. Während der FDP-Mann den Verlust des Regulators für die Prämienhöhe befürchtet und eine öffentliche Krankenkasse ja auch eine Verwaltung benötige, monierte die ehemalige Parteipräsidentin der SP, 61 Kassen seien 60 zu viel, es handle sich heute um einen Pseudowettbewerb und sowieso, die Jagd der Kassen auf „gute“ Risiken, die 61 Verwaltungen, Werbeausgaben und die alljährlichen lästigen Anrufe gehören abgeschafft.



Das ganze Streitgespräch kann unter folgendem Link in Wort und Bild ab der **51. Minute** verfolgt werden:

<http://www.youtube.com/watch?v=48KgaLe9Dd0&list=UUA†8o-u068SN2qGgLqkMZKQ>

Diskussion:

Ueli Sandmeier, Starrkirch-Wil: Herr Brügger, wir haben jetzt 60 Kassen, diese haben Beiräte, arbeiten die gratis? **Brügger**, wo gearbeitet wird, darf auch verdient werden. **Werner Sauser**, Rechterswil, was jetzt gar nicht zur Diskussion stand ist der ständige Kassenwechsel. Es ist doch eine Idiotie wenn alle Jahre wieder eine Familie sich infolge der Prämien erhöhungen mit einem Kassenwechsel befassen muss. Mit einem neuen System würden einerseits der damit



verbundene Ärger und andererseits die verursachenden

Verwaltungskosten von 300 Mio. Fr. wegfallen. **Brügger**, da gebe ich ihnen recht und ich bin der Meinung dass die durch die vielen Wechsel entstehenden Kosten auf die Verursacher abgewälzt werden (Gelächter). **Marlene Grieder**, Wangen bei Olten, die Gegner der Initiative sprechen immer von ca. 2000 Arbeitsplätzen die durch die Initiative verloren gingen, warum?

Brügger, dieses Argument stammt nicht von mir. Es würden welche abgebaut, aber auch wieder neue geschaffen.

Hans Curti, Balm bei Günsberg, mich würden die Erfahrungen mit der Einheitskasse im Ausland interessieren. **Brügger**, ich weiss nur dass die Kassen

in Frankreich und Österreich hoch verschuldet sind. **Borer**, diese Vergleiche so anzustellen ist heikel, da müsste man auch das System der verschiedenen Länder mit demjenigen der Schweiz vergleichen. **Ruedi Heutschi**, Hägendorf,

ich habe eine rhetorische Frage an uns alle: möchten wir dass die AHV, IV, SUVA oder die Gebäudeversicherung privatisiert werden? Nein, das wollen wir alle nicht. Wir wollen dass eine sozialpolitische Aufgabe dort hingehört wo die demokratische Kontrolle gewährleistet ist. **Daniela Gilgen**, Halten, ich möchte auf den Aspekt der Zusatzversicherungen hinweisen. Diese würden meines Wissens weiterhin von privaten Versicherern angeboten. Es ist bereits heute schwer diesbezüglich aufgenommen zu werden. Meine Befürchtung geht in die Richtung, dass einer Zweiklassenmedizin Vorschub geleistet wird und sich eine Zusatzversicherung nur noch die reichen Leute leisten können. **Urs von Lerber**, Luterbach, mit einer Einheitskasse würden wir ja einen riesigen Verwaltungsapparat entschlacken und vereinfachen. Dies ist doch genau dies was die FDP ansonsten immer will, oder? **Brügger**, es wird nichts entschlackt, wir bauen in erster Linie einen neuen Verwaltungsapparat auf, dies ohne Konkurrenz und ohne Kostendruck. **Urs von Lerber**, Gegenfrage, die Solothurnische Gebäudeversicherung wirtschaftet ohne jegliche Konkurrenz, aus meiner Sicht sehr schlank und erfolgreich? **Brügger**, diese Institution wurde als Folge eines Solidaritätsgedanken geschaffen und ist im Laufe der Zeit gewachsen. Ich wäre dagegen diese zu privatisieren, denn jeder Umbau kostet, egal ob zur Privatwirtschaft oder zum Staat.

Neuenschwander gibt das Mikrofon den Podiumsteilnehmenden für das Schlussvotum: **Borer**, liebe Leute geht Ja stimmen und nehmt noch welche Freunde mit. **Brügger**, dieser Wunsch wäre in diesem Saal wohl erfolglos, aber ich hoffe dass ich einige Argumente des Nein-Lagers zum Ausdruck bringen konnte und dass man bedenken muss, dass ein Umbau sehr viel Kosten verursachen wird.

Applaus

Hardy Jäggi bedankt sich ganz herzlich für die Ausführungen und übergibt allen Teilnehmenden eine Flasche Wein

Beschluss:

Die Delegierten der SP Kanton Solothurn beschliessen bei 1 Gegenstimme die JA-Parole zur Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse.

Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbe»
Roberto Zanetti, Ständerat

Das Referat kann unter folgendem Link in Wort und Bild ab der **97. Minute** verfolgt werden:

<http://www.youtube.com/watch?v=48KgaLe9Dd0&list=UUAt8o-u068SN2qGgLaqkMZKQ>

Die SP Kantonalpartei übernimmt die Parole der SPS und empfiehlt gemäss den Ausführungen von Roberto Zanetti die Volksinitiative abzulehnen.

9. Varia

Hardy Jäggi bittet die Anwesenden Abstimmungsmaterial für die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse mitzunehmen und bei Fragen zur kantonalen Kampagne sich an die kantonalen Campaignerin Seraina Wepfer zu wenden.



Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 30. September 2014